

Misstrauensvoten gegen Parteifreund Seehofer

Zum Artikel „Mehr Polizei, mehr Kontrollen“ vom 24. März:

(...) Die Ankündigungen, eine bayerische Grenzpolizei und ein Landesamt für Asyl zu gründen, das sind gleich zwei Misstrauensvoten des neuen CSU-Ministerpräsidenten Söder gegen seinen Parteifreund, Bundesinnenminister Seehofer. Für Grenzschutz und Asyl ist Herr Seehofer nämlich im Bund zuständig. Offenbar traut Herr Söder ihm nicht zu, diese Aufgaben zu bewältigen.

Allerdings sollte man keinen neuen Wasserkopf mit einer neuen Behörde aufbauen, sondern einfach die Schleierfahndung ausbauen. Wir brauchen mehr Polizisten auf der Straße und nicht in neuen Amtsstuben. Doppelstrukturen helfen niemandem weiter. Die Ankündigung Söders ist ganz offensichtlich ein wahltaktisches Manöver mit Blick auf die bayerische Landtagswahl im Oktober.

Hugo Steiner
94419 Reisbach

Er allein ist der Weg in das Himmelreich

Zum Artikel „Weiß gekleidet und von Engeln begleitet“ vom 20. März:

Nun, ich kann nur dazu sagen und das immer wieder, es ist nicht das Evangelium der ersten Jahre. Christus, unser Herr und Erlöser, sagte, er sei die Tür ... Wer aber versucht, woanders einzusteigen, ist ein Räuber und ein Dieb. Keiner von den beiden wird in das Reich Gottes kommen. Er und nur er allein ist der Weg in das Himmelreich. Er sagte auch: „Meine Schafe hören auf meine Stimme und niemals auf eine andere.“

Auch niemals zu Marias Erdendasein hatte sie die Menschen aufgefordert, ihre Kinder zu sein. Eine Messe ist laut Heiliger Schrift kein Gottesdienst, denn, unser ganzes Leben sollte ein Gottesdienst sein! Wenn dieser Seher (selbst ernannt) Salvatore Caputa sagt, der Bischof Marx aus München müsse sich einst vor Gott verantworten: Müssen wir das nicht alle?! Und auch er wird vor Christus Jesus stehen. Auch sagte er, dieser Seher aus Italien, die Mutter Gottes (er spricht nicht ein einziges Mal von der Mutter Jesu) wünsche ihre Erscheinung in einer Kirche, nicht irgendwo auf einem Feld. Würde nicht unser Erlöser in einem Stall geboren? Sagt uns er auch nicht, dass er nicht in Häusern von Menschenhand gebaut wohnt?

Dieser Satz, ich zitiere: „Flankiert wurde diese Sicht der Dinge mit dem Verkauf von Rosenkränzen, Marienbildern ...“ (Wann hat man denn die Mutter unseres Herrn Jesus fotografiert?). Auch wurde Erbarbungsliteratur usw. verteilt.

Wir Christen feiern in den nächsten Tagen Ostern, „Auferstehung“. Hatte da nicht unser Schöpfer das größte Erbarmen mit uns Menschen, dass er seinen Sohn als Lösegeld für

uns gab? Es geht darum, was geschrieben steht, was uns die ersten Zeitzeugen überliefert haben! Jesu Worte warnen uns, seht zu, dass euch niemand verführe und glaubt nicht jedem Geist. Er ist der einzige Weg und die Wahrheit! Niemand kommt zum Vater als nur durch ihn allein. Durch ihn haben wir das ewige Leben und kommen beim Vater-Gott, unserem Schöpfer, an!

Johanna Späth
94333 Geiselhöring

Der russische Bär hat ein dickes Fell

Zum Artikel „Ein gemeinsames Feindbild eint“ vom 17. März und weiteren Beiträgen zu Russland:

Ganz ohne Zweifel vollzieht sich im 21. Jahrhundert weltweit eine politische, wirtschaftliche, demografische Machtverschiebung. Es entstehen neue Machtzentren mit ganz unterschiedlichen Interessen (China, Indien, Russland, Iran, in Lateinamerika usw.). Das führt zu Machtkonfrontationen, möglicherweise zu neuen Blöcken, zu „Feindschaften“, zu Spannungen unter den Kontrahenten. Russland will eines der Machtzentren sein. Warum nicht?

Russland ist keine Regionalmacht (Obama). Es ist eine Weltatommacht, schrecklich genug. Undenkbar, wenn „Feindbilder“ auf den roten Knopf drücken. Eine Weltkatastrophe wäre perfekt. Sich mit aller Welt verfeinden, ist mehr als hochgefährlich für den Weltfrieden.

Wer kennt eigentlich die Russen? Sie sind zu einer grenzenlosen Opferbereitschaft fähig, wenn es um die „Rodina“, die Heimat, geht (vergleiche Zweiter Weltkrieg). Meines Erachtens sollte man die Russen nie in ihrem ausgeprägten Nationalstolz demütigen. An diesem ändern auch Sanktionen, Boykotts, Ausgrenzungen usw. rein gar nichts. Spiralen, gleich welcher Art, sind immer kontraproduktiv! „Mütterchen Russland“, die sprichwörtliche „russische Seele“ (für uns unergründbar), ist tief in den unendlichen Weiten des Landes, ihrer uralten Kultur, ihren Traditionen, ihrer Geschichte, der russisch-orthodoxen Kirche, ihrem Glauben verankert.

Damit wuchert auch das System Putin erfolgreich. Mehrheitlich sind die Russen für eine starke hoheitliche Hand. Putin nennt das eine „gelenkte Demokratie“.

Was man nicht vergessen soll: Der russische Bär (ein Nationalsymbol) hat ein dickes Fell. Er ist nicht so leicht zu kratzen, schüttelt sich eher. Nach meiner Ansicht müsste der Westen sich vom Irrglauben befreien, Russland könne europäisch werden, könne westliche Werte übernehmen. Ob uns das passt oder nicht! Putin wird mit seinem System den prorussischen Weg weitergehen. Russland wird nicht untergehen, ob mit oder ohne Putin.

Fazit: Die Konfrontationen zwischen Russland und dem Westen muss man unter Kontrolle halten. Hoffen wir, dass dies gelingen möge, im neuen „Kalten Krieg“.

Prof. Dr. Alfred Keck
84034 Landshut

Die Kanzlerin tritt prompt in den Fettnapf

Zum Leitartikel „Tiefer Graben“ von Fridolin M. Rüb vom 24. März:

Unsere Heimatzeitung hat mit vorerwähntem Leitartikel erneut einen vortrefflich informativen Beitrag für den Leser und eine Warnung an die Volksparteien sowie an die Kanzlerin publiziert. Bei einem erneuten „Weiter so“ würde der Wähler Schwarz-Rot abstrafen und die Mehrheit verloren gehen. Die Regierungserklärung der Kanzlerin und die Aussagen von Innenminister Horst Seehofer könnten kaum differenter sein. Kaum vereidigt, schockt Seehofer mit seinem Wahlslogan „Der Islam gehört nicht zu Deutschland“ und prompt tritt die

Kanzlerin in den Fettnapf und behauptet, er gehöre dazu, und treibt viele unschlüssige Wähler der AfD in die Arme.

Gegenfrage: Gehört das Christentum zur Türkei? Schließlich war sie unter Kaiser Konstantin mit der größten Kirche in Konstantinopel der Grundpfeiler der Ostkirche. Eine Religion gehört zu einem Land, wenn es eine Staatsreligion ist (wie in islamischen Ländern). Dem Bürger und Wähler ist diese unterschiedliche staatliche Islamzugehörigkeit suspekt. Ist es nun ein Religionskrieg, ein Wahlschlag oder eine Kinderei zwischen beiden Parteivorsitzenden? Der Gläubige gehört zu einer Religion, nicht die Religion zum Staat. Laut Grundgesetz, Artikel 4, sind die Freiheit des Glaubens und die ungestörte Religionsausübung gewährleistet, das dürfte genügen. In unserer Republik leben 28 Prozent Katholiken, 26,5 Prozent Protestanten und rund fünf Prozent Muslime, zum Teil Kriegsflüchtlinge als Gäste, bis das Kriegsende eine Rückkehr ermöglicht. (...)

Herr Ministerpräsident Hans aus dem Saarland teilt die Meinung Seehofers (...) Herr Seehofer ist für das Aussetzen der Schengenregel. Großbritannien zahlt erneut 50 Millionen Euro an Frankreich als Grenzschutz in Calais, um die Einwanderung zu verhindern. Präsident Macron stemmt sich vehement gegen eine weitere Zuwanderung. Ministerpräsident Söder will mit einer bayerischen Grenzpolizei an der Grenze zu Österreich eine zusätzliche Kontrolle (...). Die Äußerungen Merks erschweren der CSU die Landtagswahl.

Wenn Religionen für die Politik instrumentalisiert werden, besteht die Gefahr für Bürgerkriege, wie die Geschichte lehrt. Schon Kurt Tuscholsky sagte: „Wer in der Demokratie schläft, wacht in der Diktatur auf.“

Rudolf P Empl
84137 Vilsbiburg

Keine Multikulti-Kultur ohne eigenen Charme

Zur Debatte um den Islam in Deutschland:

Gehen wir einmal zurück in die 50er-Jahre. Ich bin geboren 1947. Unsere Heimat Ludwigshafen mit den Farbenfabriken, der BASF, war zu 90 Prozent zerbombt! Wir hatten nur eines im Sinn: unsere Heimat wieder aufzubauen und unsere Familien über die Runden zu bringen. Wir hatten keine Gedanken an irgendetwas anderes wie Politik oder was auch immer. Zu uns kamen alle möglichen Gäste von überall her, um Geld zu verdienen, denn zu Hause in ihren Ländern gab es dazu keine Möglichkeit, diese lagen genauso im Dreck: Italien, Spanien, Portugal, Griechenland, die Türkei ... Den Verdienst schickten diese Gäste zum Großteil nach Hause zu ihrer Verwandtschaft, ihren Landsleuten – Entwicklungshilfe eben.

Wir hatten das beste Verhältnis zu diesen Gästen. Diese brachten sich voll in unser Gemeinwesen ein, ohne auf irgendeiner „Besonderheit“ aus ihrer eigenen Heimat zu bestehen! Wir wurden Freunde. Im Sportverein kämpften wir Seite an Seite um den Sieg! (...) Im Internat ging das genauso ohne Probleme weiter; auf meinem gesamten internationalen Weg seit diesen Zeiten: mit Chinesen, Japanern, Indern, Australiern, den Amerikanern natürlich ebenso! Den östlichen Staaten, es gab keine Probleme! (...)

Die „Probleme“ fingen erst an mit den neuen indoktrinierten „Gästen“ aus den arabischen Ländern, aus der Türkei mit Erdogan, die sich nicht an den Gesetzen und Gepflogenheiten, der Kultur, der „Leitkultur“ und der Gastfreundschaft ihrer Gastländer erfreuen konnten oder wollten, sondern mit allen Mitteln versuchten und weiter versuchen, die Gastländer umzuwandeln und mit ihren Gesetzen und kulturellen „Errungenschaften“ zu überfluten! Und das geht eben nicht! (...) Wer unsere Gast-

freundschaft nicht akzeptieren kann, muss eben das Gastland, unser Land, verlassen. Wir sind ein christlich-jüdisch geprägtes, aufgeklärtes Abendland, kein Morgenland! (...) Hier gilt das Grundgesetz und nicht die Scharia! (...)

Ich besuche gerne diese fremden Länder mit ihren Sitten und Gebräuchen, ihrer eigenen Kultur – bin gerne auch dort nur Gast – und möchte nicht, dass diese „Unterschiede“ verschwinden in einer Multikulti-Kultur ohne eigenen Charme! Ich möchte allerdings dann auch wieder zurück in meine Heimat gehen können. (...)

Prof. Dr. Reinhold Kiehl
94315 Straubing

Einladung zu einer weiteren Zuwanderung

Zum selben Thema:

Die wiederholte Aussage der Bundeskanzlerin im Bundestag, „der Islam gehört zu Deutschland“, hat bei mir nur Kopfschütteln hervorgerufen. Ich gehöre wirklich nicht zu den Menschen, die, wie man immer sagt: „gleich den Teufel an die Wand malen“. Aber man muss die Realität beziehungsweise die Fakten der jüngsten Vergangenheit diesbezüglich in Betracht ziehen.

Die Aussage der Kanzlerin kommt wiederum einer Einladung zu einer weiteren Zuwanderung aus den Krisengebieten der Islam-Staaten gleich. Gegen friedliebende und integrationswillige Menschen aus diesen Gebieten ist ja nichts einzuwenden. Aber leider wurde dies auch von international agierenden Terrormilizen (wie zum Beispiel der IS) zu ihren Gunsten ausgenutzt. Die Gewalttaten an Frauen sowie Terroranschläge wurden ausschließlich von extremen Islamisten verübt, welche zum Teil als Asylsuchende eingeschleust wurden. Der jüngste Anschlag in Südf frankreich dürfte wohl eine weitere Warnung sein, auch für Deutschland.

Die in Deutschland aktiven Salafisten und Hassprediger stehen beim Verfassungsschutz unter Beobachtung, aber die Motivierung wie auch Rekrutierung von IS-Kämpfern konnte dieser auch nicht verhindern.

Die deutschen Politiker, welche die Aussage von Frau Merkel befürworten, sollten doch in die vom Islam stark geprägten Staaten fahren und dort lautstark kundtun: „Das Christentum gehört hierher“; ich bin überzeugt, die hätten ein Riesenproblem. Man darf nicht übersehen, dass dort die Christen unterdrückt werden, dass zum Beispiel in Ägypten koptische Christen getötet und deren Kirchen angezündet wurden. Bei uns dürfen Moscheen gebaut werden.

Innenminister Seehofer hat vollkommen recht, wenn er sagt: Unsere seit Hunderten von Jahren geprägte abendländische Kultur muss erhalten bleiben. Und dies sollte auch weiterhin erste Priorität sein!

Gerhard Holmer
94330 Salching

Was ist nur aus Deutschland geworden?

Zu den Artikeln „Er schweigt“ und „GdP will Statistik für Messerangriffe“ vom 27. März:

Was ist nur aus Deutschland geworden? Ich habe das Gefühl, dass die schlimmsten zu Beginn der Flüchtlingskrise von Kritikern geäußerten Befürchtungen inzwischen noch übertroffen werden. Verfolgt man die Berichterstattung in den Medien, gewinnt man den Eindruck, dass Deutschland mittlerweile auf dem besten Weg ist, zu einer Vergewaltigungs- und Messerrepublik zu werden.

Insbesondere bei herausragenden Straftaten, die mit besonderer Brutalität durchgeführt werden, sind nicht selten Flüchtlinge die Täter oder der Tat verdächtig. Die bestialische Vergewaltigung und Ermor-

dung von Maria L., der Messermord an Mia in Kandel und nun der Prozess in München gegen den mutmaßlichen Mehrfachvergewaltiger Emrah T., ebenfalls Asylbewerber, sind nur einige Beispiele. Ich frage mich, wer uns Frauen vor solchen „Schutzsuchenden“ schützt? Inzwischen hält es die Gewerkschaft der Polizei schon für erforderlich, Messerangriffe statistisch zu erfassen, da diese so häufig geworden sind.

Und obwohl sich mittlerweile herausgestellt hat, dass die Zuwanderung Deutschland nicht sicherer macht, um es mal sehr vorsichtig zu formulieren, kommen weiterhin jährlich Hunderttausende neuer Asylsuchender in unser Land. Laut Stephan Mayer, CSU-Staatssekretär im Bundesinnenministerium, werden derzeit täglich etwa 500 Personen bei der illegalen Einreise festgestellt. Das sind also 182500 illegale jährlich. Dazu kommen noch die „Legalen“ sowie der Familiennachzug und die Kontingente, die wir aus der Türkei und aus Griechenland aufnehmen.

„Die zweite Phase der Migration hat längst begonnen“, titelte die Welt am 22. März und berichtete, dass geschätzte 110 Millionen Menschen aus Schwarzafrika nach Europa möchten. „Viele der Befragten der Studie haben Freunde und Familie in Europa. Von denen werden sie zur Auswanderung motiviert und finanziell unterstützt“, schreibt die Welt weiter. Da kommt die beabsichtigte neue Regelung, Flüchtlinge dort anzusiedeln, wo sie bereits Bezugspersonen haben, gerade recht, um Deutschland noch mehr zu belasten. Obergrenze? Vergessen Sie es. Abschiebungen? Nicht der Rede wert. Und wer baut die Wohnungen für die Zuwanderer? Wir fahren mit Vollgas an die Wand!

Elisabeth
Rauchensteiner-Holzner
84144 Geisenhausen

Widersprüchliche Positionen der CSU

Zu den Artikeln „AfD blitzt mit Vorstoß ab“ vom 17. März und „Seehofer will mehr Grenzkontrollen“ vom 19. März:

Am 17. März berichtete diese Zeitung, dass die Abgeordneten der anderen Bundestagsparteien einen Vorstoß der AfD zur Einführung umfassender Grenzkontrollen in großer Einigkeit abgelehnt haben. Somit werden weiterhin Personen ins Land gelassen, deren Identität und wahre Absichten uns nicht bekannt sind. Auch die CSU und die FDP haben (...) gegen den Antrag der AfD gestimmt und damit dokumentiert, dass sie keine lückenlosen Grenzkontrollen wollen. Doch was lese ich in der nächsten Ausgabe dieser Zeitung? Der Parteivorsitzende der CSU will mehr Grenzkontrollen, weil „die EU es nicht schafft, die Außengrenzen wirksam zu schützen und zu kontrollieren“.

Im Januar hat das EU-Parlament beschlossen, dass künftig jener Staat für einen Asylbewerber zuständig sein soll, in dem bereits Angehörige von ihm leben. Dadurch müsste Deutschland erheblich mehr Asylsuchende aufnehmen, warnt das Bundesinnenministerium. Und jetzt raten Sie mal, wie die drei an der Abstimmung beteiligten CSU-Abgeordneten votiert haben. Markus Ferber und Strauß-Tochter Monika Hohlmeier waren dafür, Albert Deß hat sich enthalten, statt dagegen zu stimmen. Andererseits heißt es fast zeitgleich in einer Beschlussvorlage für die Winterklausur der CSU-Bundestagsabgeordneten: „Es ist nicht akzeptabel, dass Deutschland mehr Flüchtlinge aufnimmt als alle anderen 27 EU-Staaten zusammen.“

Damit noch nicht genug. Söder: „Der Islam ist ein Bestandteil Bayerns.“ Seehofer wiederum: „Der Islam gehört nicht zu Deutschland.“ Es möge sich hieraus jeder selbst ein Urteil bilden. Im Oktober sind in Bayern Landtagswahlen. (...)

Manfred Weiß
84032 Landshut

Leserbriefe sollen kurz und prägnant gehalten sein und sich auf sachliche Weise mit den Inhalten unserer Zeitung auseinandersetzen. Bitte geben Sie den Artikel samt Erscheinungsdatum oder den Themenbereich an, auf den sich Ihr Brief bezieht. Zur Bearbeitung benötigen wir ferner Ihren Namen, Ihre Adresse und Ihre Telefonnummer. Die Redaktion behält sich das Recht auf Kürzung vor. Die Aussagen des Verfassers spiegeln nicht die Meinung der Redaktion wider. Es besteht kein Rechtsanspruch auf Veröffentlichung von Zuschriften.

Ihre Leserbriefe können Sie an Straubinger Tagblatt, Politische Leserbriefe, Ludwigsplatz 32, 94315 Straubing oder an leserbriefe@idowa.de schicken.